

RATHAUSREPORT

15. Jahrgang

49. Stadtverordnetenversammlung vom 4. Juni 2008

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE. Potsdam 5/08

► Haushalt ► Kultur & Kunst ► Zeppelinstraße ► Volksbegehren



Trotz heftiger Gegenwehr setzte sich die LINKE mit ihrem Anliegen durch, den OB zu beauftragen, die Wiedereröffnung des Kastellanhauses (unser Foto) am Jagdschloss Stern als gastronomische Einrichtung voranzutreiben. Ein erster Bericht dazu muss im September 2008 erfolgen.

DIE LINKE sagte Nein zum Haushalt

Die LINKE hat als einzige Fraktion dem Haushalt für das Jahr 2008 nicht zugestimmt. Sie hat ihn aber auch nicht blockiert. Hans-Jürgen Scharfenberg betonte in der Debatte noch einmal, dass aus dem, was die Haushaltkoalition, die sich genau für diesen Abstimmungstag zusammengefunden hatte, geschafft hat „einen Gemischtwarenladen, der nicht wenig Geld kostet“, zusammenzubringen. Zwar folgten die Stadtverordneten der LINKEN-Forderung nach Erhöhung der Sportförderung auf 200.000,0 EUR, der Verstärkung der Mittel für Bürgerinitiativen und dem Anliegen, 65.000,00 EUR für das Magazin des Naturkundemuseums einzuplanen. „Nur das kostenlose Schulessen, auch nicht als Kompromiss – zunächst nur für den Grundschulbereich – durfte nicht sein“, so Scharfenberg. Und dabei war das ein dringendes Anliegen, für das sich der Oberbürgermeister noch Ende des vergangenen stark gemacht und öffentlich dafür Pluspunkte gesam-

melt hatte. „Sie, Herr Oberbürgermeister, müssen jetzt mit sich selbst ausmachen, ob der erneute Wortbruch und Ihr weiterer Verlust an Glaubwürdigkeit das wert war“, stellte Hans-Jürgen Scharfenberg fest. Er warf dem OB vor, keine Haushaltkoalition, sondern eine Koalition gegen die Linken, eine Koalition gegen die Einführung von kostenlosem Schulessen zusammengeagelt zu haben. In der Haushaltsdiskussion sei deutlich geworden, dass die Haushalthoheit in Potsdam nicht bei den Stadtverordneten, sondern beim Kämmerer liegt. Die LINKE wird sich aber – vor allem nach dem am Wochenende bekannt gewordenen ist, dass Potsdam ein Milliardenvermögen sein eigen nennt – weiter dafür engagieren, dass die Landeshauptstadt sich für seine sozialbedürftigen Kinder mindestens das leisten wird, was das „arme“ Cottbus einführen will und was sich die Bundes-SPD auf die Fahnen geschrieben hat.



Mit auf den Weg ...

Liebe Leserin, lieber Leser,

noch sind ein paar Wochen Zeit bis zur Kommunalwahl am 28. September. Während der Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung merkt man allerdings schon ganz deutlich, dass der Kampf um die Wählerstimmen entbrannt ist. Egal, was in den vergangenen fast fünf Jahren an anderen Positionen vertreten wurde. Da die LINKE in der gesamten Wahlperiode berechenbar und konsequent um die Realisierung ihres Wahlprogramms bemüht war, fällt der Unterschied bei den anderen Parteien, insbesondere den Sozialdemokraten und der CDU, besonders auf. Was werden jetzt nicht alles für Themen entdeckt. Wer hätte gedacht, dass sich die CDU plötzlich um die Nahversorgungssituation Auf dem Kiewitt oder die SPD um Sozialräume als Grundschuleinzugsbereiche, ja sogar um die Fahrradtauglichkeit für den Uferweg Leipziger Straße bis Hermannswerder kümmern? Selbst die Familienpartei erwacht und fordert den kostenlosen Transport von Kita-Kindern, ein beitragsfreies Kita-Jahr und Kinderärzte für den Potsdamer Norden. Die meisten dieser Themen sind seit Jahren in der StVV auf Antrag der Linken Gegenstand der Debatte. Der Ansatz, kurz vor den Wahlen die Themen ins Gespräch zu bringen, die vielleicht einen Zuwachs an Wählerstimmen bringen könnten, wird unglaublich, wenn – wie in der Juni-Sitzung geschehen – beispielsweise das kostenlose Schulessen für Kinder aus bedürftigen Familien (auch von der Familienpartei) abgelehnt und fadenscheinigen Argumenten folgend, ein Kostenbeitrag von 1,00 EUR beschlossen wird. Das ganze wird zur Farce, wenn die SPD eine Verkürzung der Sitzungen, den Wegfall des Berichts des Oberbürgermeisters und quasi eine Selbstbeschränkung der Fraktionsaktivitäten fordert, um Zeit einzusparen. Irgendetwas passt da nicht zusammen.



Ihr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg,
Fraktionsvorsitzender und MdL



**im Juni von
Dr. Klaus-Uwe Gunold**

Gutes Ende für Volksbegehren zum Sozialticket

Noch am 7. Mai lehnten die SPD- und CDU-Abgeordneten, auch der Oberbürgermeister, unseren Antrag ab (23 Nein-Stimmen bei 22 Ja-Stimmen). Darin wurde Herr Jakobs aufgefordert, im Verkehrsverbund der Einführung eines Sozialtickets zuzustimmen. Nach der erfolgreichen Volksinitiative war die Landesregierung erwacht und auf den fahrenden Zug aufgesprungen. Schnell wurden die Voraussetzungen geschaffen, um das Ticket am 1. September 2008 einführen zu können. Am 22. Mai nun beschloss der Aufsichtsrat des VBB, ob mit oder ohne die Stimme des Potsdamer Oberbürgermeisters wissen wir nicht, dass es zum 1.9.2008 Sozialtickets zu kaufen geben soll. Wieder einmal wurde in der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung ein Antrag offensichtlich nur deshalb abgelehnt, weil er von der LINKEN Fraktion kam. Wie groß die Angst unseres Oberbürgermeisters vor uns sein muss, ist zeigt auch die kleinliche Rangelei um das Schulesen. Solange persönliche Befindlichkeiten in der Stadtpolitik den berechtigten Interessen der Bürger schaden, muss über Alternativen geredet werden. Schade, dass am 28. September nur die Stadtverordnetenversammlung gewählt wird. Das Beispiel Sozialticket zeigt aber auch, dass es sich lohnt, aktiv für eine gute Sache zu streiten. Das kann durch die Unterschrift unter eine Volksinitiative oder ein Volksbegehren geschehen. Manchmal reicht es aber auch schon, einfach am Wahltag an der richtigen Stelle seine drei Kreuze zu machen.

Gewaltprävention an Schulen

Auf Antrag der LINKEN wurde der OB beauftragt zu prüfen, wie und mit welchen organisatorischen und finanziellen Mitteln die Umsetzung des Leitfadens für Sicherheit und Gewaltprävention an Schulen organisiert werden kann. Im September 2008 muss er dazu berichten.

Ruhigere Zeppelinstraße

Der OB muss auf Antrag der LINKEN dafür Sorge tragen, dass bei den nächsten Reparaturarbeiten in der Zeppelinstraße vorwiegend im Abschnitt Kastanienallee bis Kiewitt Splitt-Mastix-Belag anstelle der Schlackesteine eingebaut werden. Bei den Arbeiten ist dafür zu sorgen, dass die Beeinträchtigung des Verkehrs durch Bauarbeiten auf ein unvermeidbares Minimum begrenzt wird.

Einsatz für Künstler

In Zusammenarbeit mit den Wohnungsunternehmen muss der OB verbesserte Arbeits- und Lebensbedingungen für bildende Künstler und Musiker schaffen bzw. verbessern. Die StVV folgte einstimmig dem Antrag der LINKEN.

Toilette am Schilfhof

Die Mehrheit der StVV folgte dem Antrag der LINKEN; dass die Verwaltung bis Juli 2008 die Möglichkeit zur Errichtung einer öffentlichen Toilette am Schilfhof prüfen muss.

Wohnungsbau für Geringverdiener

Zur Erarbeitung des Wohnungsbaukonzeptes für Potsdam muss der OB auf Antrag der LINKEN einen öffentlichen Diskurs mit wohnungspolitischen Akteu-

ren zu Standards, Entwürfen, Konzepten und wohnungspolitischen Modellen auch für die sozialen Schichten in Potsdam in Gang setzen, die sich nicht selbst mit angemessenem Wohnraum auf einen Rendite orientierten Markt versorgen können. Im Februar 2009 muss der OB dazu erste Ergebnisse in der StVV vorstellen.

Kulturstandort Charlottenstraße aufwerten

Karin Schröters Argumente überzeugten, so dass der OB auf Antrag der LINKEN ab 2009 für den Kulturstandort Charlottenstraße 31 für die Nutzung und Miete der Räumlichkeiten über dem Kabarett am Obelisk einen Nutzer bzw. Betreiber finden muss, der eine kulturelle Nutzung und ggf. eine Kooperation mit dem Kabarett garantiert.

Wirksamkeit der Stadtordnung

Auf Antrag der LINKEN muss der OB im September einen Bericht über Erfahrungen im Umgang mit der Stadtordnung, einschließlich notwendiger Schlussfolgerungen für das weitere Vorgehen, vorlegen. Hans-Jürgen Scharfenberg wies bei der Antragsbegründung darauf hin, dass vielen Bürgern die Stadtordnung gar nicht bekannt sei.

Bahnhof Charlottenhof bald barrierefrei

Mehrheitliche Zustimmung fand auch der Antrag der LINKEN, den Ralf Jäkel begründet hatte, dass der OB sich in Gesprächen mit der Deutschen Bahn für einen barrierefreien Zugang der Bahnsteige auf dem Bahnhof Charlottenstraße einsetzen muss. Im September soll er das Ergebnis in der StVV präsentieren.

Verkehrsunfreundlich

Obwohl die LINKEN den Anregungen in der Ausschussberatung gefolgt sind und ihren entsprechenden Antrag modifizierten, so Ralf Jäkel, lehnte die Mehrheit der StVV es ab, den OB zu beauftragen, bei den anstehenden Straßenbaumaßnahmen in der Potsdamer Mitte mit den beteiligten Firmen eine Baustellenlogistik umzusetzen, bei der an allen Wochentagen von 6 bis 20 Uhr wenigstens eine zweispurige Verkehrsführung über die Lange Brücke und in der Breiten Straße in beide Richtungen sichergestellt wird.

Keine Kostendeckelung

Obwohl seitens der Verwaltung und auch der anderen Fraktionen ständig darüber geredet wird, dass die geplanten Kosten für die Baufeldmachung des Landtagsneubaus

nicht überstiegen werden, fand sich keine Mehrheit für den Antrag der LINKEN, sich per Beschluss auf eine Kostendeckelung zu einigen. Ein Schelm, der Arges dabei denkt.

Uhr ist nicht gewollt

Auf dem Luisenplatz wird es auch künftig keine Uhr geben. Obwohl sowohl Alexander Steinicke, DIE LINKE, als auch Hans-Jürgen Scharfenberg darauf hingewiesen hatten, dass einige Bürger den Eindruck geäußert haben, als ob dort etwas fehle, folgte die Mehrheit dem Argument, dass heute jeder eine Uhr habe und man ja nicht mehr in der Zeit sei, in der man auf eine öffentliche Uhr angewiesen sei. In Anbetracht der Diskussionen um Stadtschloss, Garnionskirche und Stadtkanal meinte Hans-Jürgen Scharfenberg nur noch, dass ihn hier in der StVV gar nichts mehr wundert.

☺ Stadtverordnete der Fraktion DIE LINKE fragten – die Verwaltung antwortete

Ein Novum: Kein Stadtverordneter aus einer anderen Fraktion hatte eine Frage an die Verwaltung. Nur die Linken nutzten dieses parlamentarische Mittel.

Das Land Brandenburg wird im Jahr 2008 aus dem Vermögen der Parteien und Massenorganisationen der DDR ca. 9 Millionen EUR erhalten, weshalb Siegmund Krause (DIE LINKE) wissen wollte, wie viel davon die Stadt Potsdam erhalten wird. Der Kämmerer erläuterte, dass nach bisherigem Wissenstand ca. 5 Millionen an die Schlösserstiftung, ca. 2 Millionen für die Musikschulen des Landes und der Rest für die Technologieentwicklung in der Lausitz eingesetzt werden sollen. Eine Aufteilung auf die Kommunen des Landes sei nicht vorgesehen.

☺

Wie sich die Verwaltung zu der Forderung des Deutschen Städtetages nach Öffnung der Krankenhausbudgets zur Abwendung von Stellenstreichungen nach Tarifabschlüssen verhält, wollte Siegmund Krause wissen. Die zuständige Beigeordnete gab zu Protokoll, dass die Verwaltung diese Forderung unterstütze, für das Klinikum Ernst von Bergmann keine Stellenkürzungen drohen und sie von einem erfolgreichen Verlauf der Haustarifverhandlungen ausgeht.

☺

Erneut befragte Brigitte Oldenburg, DIE LINKE, die Verwaltung nach den Kosten,

die der Stadt für die Baufeldfreimachung zur Wiedererrichtung der Garnisonkirche entstehen. Die genervte Baubeigeordnete meinte, dass man das ja mal im bilateralen Gespräch klären könne, zumal außer den bekannten keine weiteren Kosten zu tragen seien. Das, was im Zusammenhang mit der Verlegung von Medien ausgegeben wird, würde auch ohne die Garnisonkirche auf die Stadt zukommen.

☺

Das Verhältnis zwischen neuen Ortsteilen und Stadtverwaltung scheint doch nicht so positiv zu sein, wie es der OB immer wieder darstellt. Zumindest war aus der Berichterstattung über die SPD-Fahrradtour auch über die neuen Ortsteile einiges an Problemen zu Tage getreten. Deshalb wollte Hans-Jürgen Scharfenberg die Meinung des OB dazu wissen. Dieser meinte in seiner bekannt arroganten Art, dass Herr Scharfenberg das nächste Mal doch mitfahren solle, er würde ihm sogar ein gutes Fahrrad besorgen, dann würde er schon bemerken, dass alles in Ordnung sei. Worauf Hans-Jürgen Scharfenberg entgegnete, dass der OB es geschafft habe, sich nur über Fortschritte zu freuen, was die Linken auch täten, sie würden jedoch über die Freude die Probleme nicht übersehen.

☺

Nachdem die StVV auf Antrag der LINKEN beschlossen hatte, dass die Verwaltung die Möglichkeit für die Entkramp-

fung der Parkplatzsituation am OSZ II in der Siedlung Eigenheim prüfen soll und seither nichts unternommen wurde, wollte Hella Drohla (DIE LINKE) etwas über den Bearbeitungsstand wissen. Woraufhin die Baubeigeordnete erläuterte, dass auf dem Schulgelände theoretisch die Möglichkeit des Parkens bestünde, dies jedoch baurechtliche Verfahren voraussetze. Dies sei frühestens im September 2008 möglich, koste 20 bis 30.000 EUR, diese Mittel seien beim KIS in diesem Jahr jedoch nicht vorhanden. Nachdem geklärt war, dass die Bearbeitung des Antrags im Zuständigkeitsbereich der Baubeigeordneten bliebe, einigte man sich auf einen Ortstermin, um die Situation gemeinsam einzuschätzen.

☺

Sigrid Müller, DIE LINKE, wollte wissen, welche Möglichkeiten die Stadtverwaltung sehe, ein ehrenamtlich getragenes Projekt „Spaziergangs-Paten-Service“ für ältere Bürgerinnen und Bürger zu realisieren, ähnlich dem Beispiel aus Berlin-Lichtenberg. Die Sozialbeigeordnete meinte, dass ihr Bereich recherchiert habe und keine Informationen über ein solches Projekt gefunden habe. Man habe jedoch die Anfrage zum Anlass genommen, in der Stadt selbst zu recherchieren. Es gäbe einen speziellen über die PAGA angebotenen Rollstuhlschiebedienst. Sollte zudem im „Netzwerk älter werden“ ein erhöhter Bedarf gesehen werden, werde man das Thema noch einmal diskutieren.

📄 Zur Wiedervorlage

Für „Mensch und Kosmos“

Die LINKEN wollen erreichen, dass die Glasmosaiken „Mensch und Kosmos“ von Fritz Eisele vor der Zerstörung bewahrt werden und an anderer Stelle in der Stadt wieder eingesetzt werden können, so Karin Schröter, DIE LINKE. Darüber müsse man noch einmal reden, meinte die Mehrheit und überwies den Antrag in die Ausschüsse.

Wohngebietskünste

Im Kulturausschuss wird der LINKSfraktionsantrag beraten, ob der OB beauftragt werden soll, gemeinsame Projekte mit Künstlern und Schülern zu entwickeln, die Schülern einen unmittelbaren und selbstständig erlebbaren Zugang zu den unterschiedlichsten Künsten ermöglicht.

Kitabedarfsplanung

Die LINKE macht sich stark für eine Kitabedarfsplanung in Potsdam. Sigrid Müller, DIE LINKE, erläuterte, dass in der Stadt der Eindruck entstehen könnte, dass keine ausreichenden Kita-Plätze zur Verfügung stehen, da Eltern sich in verschiedenen Einrichtungen anmelden, um überhaupt



einen Platz für ihr Kind zu erhalten. Deshalb soll der OB im September einen Vorschlag vorlegen, wie künftig durch die Verwaltung koordiniert erfasst werden soll, wie viele Anmeldungen auf Kita-Plätze in Potsdam tatsächlich vorliegen. Obwohl der OB darlegte, dass seine Verwaltung bereits an einem solchen Vorschlag arbeitet, wollte sich die Mehrheit der StVV erst noch einmal in den Ausschüssen darüber verständigen, ob das Anliegen der LINKEN gerechtfertigt ist oder nicht.

🚗 Übrigens

Zur Entscheidung der SVV „Kein kostenloses Schulessen für Kinder aus sozial benachteiligten Familien“ bereitzustellen, ist es sicher interessant, die bisher geltende und die zukünftige Regelung zu vergleichen:

Nach der bisher gültigen Satzung über die Kostenbeiträge zur Schulspeisung kann Eltern für Kinder im Grundschulalter (Klasse 1 bis 6) ein ermäßigter Beitrag von 1,02 €/Portion bewilligt werden (§ 5, Abs. 2).

Mit in der Juni-StVV beschlossenen Regelung zur Kostenerstattung sparen Sie bei Bewilligung des Antrages ganze 2 Cent. Das sind bei angenommenen durchschnittlich 20 Essentagen monatliche Einsparungen in Höhe von 40 Cent je Schüler für die Antrag stellende Familie.

Wie hoch die tatsächlichen Kosten/Einsparungen aus sozial benachteiligten Familien sind, ist nicht berechenbar, da jeder Essensanbieter in Potsdam seine eigenen Preise hat. Im Grundschulbereich ist das allein eine Spanne von 1,87-2,10 € je Essensportion.

Rück- und Ausblicke

An dieser Stelle wollen wir in Erinnerung rufen, wofür sich die LINKE in der zu Ende gehenden Wahlperiode eingesetzt hat.

Heute: 2006

Zum ersten Mal in der Geschichte der StVV hat sich die Linksfraktion geweigert, an der Haushaltabstimmung teilzunehmen. Im Vorfeld hatte sich die „Stadtschlosskoalition“ als „Zukunftscoalition“ feiern lassen, da sie durchgesetzt hatte, dass die Weichen mit dem Haushalt nun endgültig auf die umfassende Wiedergewinnung der Mitte gestellt wurden. Kategorisch lehnte die Koalition die Forderung der Linken nach Prioritätensetzung auf die „gleichmäßige Entwicklung aller Potsdamer Stadt- und Ortsteile“ ab und weigerte sich zudem über die Änderungsanträge der Linken zum Haushalt einzeln abzustimmen. Abgelehnt wurde der Linksfraktionsantrag, in Potsdam ein kostenloses Vorschuljahr einzuführen.

In diesem Jahr lehnte der OB zudem die Forderung der Linken für ein kommunales Engagement zur Errichtung einer Stadthalle als „einen Eingriff in die bestehende Wettbewerbssituation“ ab, was zudem „die Über-

nahme erheblicher wirtschaftlicher Risiken bedeuten“ würde. Erst im Jahr 2007 setzte die Linksfraktion durch, dass im Filmparkgelände eine Veranstaltungshalle gebaut werden kann, die bereits im September 2008 eröffnet wird. Da die Mehrheit der StVV eine Bürgerbefragung zum Niemeyerbad abgelehnt hatte, führte die Linksfraktion auf dem 1.-Mai-Fest eine eigene Befragung durch, an der sich 540 Besucher des Festes beteiligten. Davon sprachen sich 428 eindeutig gegen das Niemeyerbad aus. Zum Thema Sicherung der Garagenkomplexe über das Übergangszeitraumende 31.12.2006 hinaus kam in der StVV keine Mehrheit zustande. Erst im Jahr 2008 – dem Kommunalwahljahr – die Linken hatten das Thema mehrfach auf die Tagesordnung gesetzt – wurde beschlossen, zumindest den Standort von mehr als 750 Garagen auf dem Schäferfeld für weitere 10 Jahre zu sichern.

Die Linksfraktion setzte im Jahr 2006 u. a. durch, dass

■ der OB eine Stellungnahme zur Videoüberwachung zu erarbeiten hat, da aus Sicht der Linken diese mehr kostet als nützt;

■ eine zusammenfassende Übersicht über Absichten und planerische Vorstellungen der Grundstückseigner in der Speicherstadt erarbeitet und Vorstellungen entwick-

kelt werden müssen zur Beseitigung dieser Brache;

■ sich die StVV zur „Ganztagschule als einem Reformprojekt zur notwendigen Qualitätssicherung der schulischen Bildung und Betreuung“ bekannte. Zudem sollten in jedem Sozialraum Ganztagschulen entsprechend dem Bedarf eingerichtet werden;

■ sich die Verwaltung eindeutig zu einem Zeit- und Finanzierungsplan zur Errichtung des Schulcampus Am Stern positionieren musste. Nur dem hartnäckigen Dranbleiben der linken Fraktion an diesem Thema ist es zu verdanken, dass das Projekt zunehmend Gestalt annimmt;

■ die StVV gegen den Willen des OB beschloss, dass die Verwaltung ein Handlungskonzept Demografie erarbeiten muss. Wie lange die Umsetzung von StVV-Beschlüssen dauert, beweist die Tatsache, dass dieses Konzept erst in der Juni-Sitzung 2008 vorgelegt wurde;

■ der OB einen speziellen „Stadtführer“ für Menschen mit Behinderungen erarbeiten muss;

■ dass der OB dafür zu sorgen hat, künftig im Bauausschuss vor Beginn von planbaren Baumaßnahmen, die zu erheblichen Verkehrseinschränkungen führen werden, zu berichten, welche Maßnahmen zur Minimierung der Durchlässigkeit des Verkehrs vorgesehen sind. Wie wichtig dieses Thema für Potsdam ist, erleben derzeit sowohl Einwohner als auch Gäste in Bezug auf die Bauarbeiten an der Humboldtbrücke und auch zur Baufeldfreimachung für den Landtagsneubau;

■ der OB Entscheidungsvorschläge für einen neuen Museumsstandort erarbeiten soll, die in die bis Sommer 2007 zu erarbeitenden kulturpolitischen Konzepte einfließen sollten. Wie ernst der OB es mit diesem Beschluss nahm, zeigt, dass im Jahr 2008 zwar zum Standort entschieden wurde, die Konzepte aber noch immer in der Erarbeitung sind;

■ die StVV sich endlich mehrheitlich dafür aussprach, dass der Ersatzneubau für den Offline-Klub im Kirchsteigfeld bis zum III. Quartal 2008 fertig zu stellen sei;

■ der OB dafür zu sorgen hat, dass das Strandbad Babelsberg nicht, wie von der Schloßer-Stiftung beabsichtigt, geschlossen wird;

■ die StVV mehrheitlich beschloss, die Bürgerinnen und Bürger zum Standort des Bau eines neuen Landtages zu befragen. Im Ergebnis sprach sich eine Mehrheit der Potsdamer für den Bau auf dem Grundriss des ehemaligen Stadtschlusses aus, was in der Linksfraktion dazu führte, ihren diesbezüglichen Standpunkt zu überarbeiten;

■ Vereine und ihre fast 25.000 Mitglieder für die Nutzung von Sportstätten keine Gebühr entrichten müssen.

Was – wann – wo

**Sitzungen der Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung
Potsdam Stadthaus, Raum 3.025, Beginn jeweils 18 Uhr, 16.; 23. und 30. Juni 2008**

**50. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Potsdam
Stadthaus, Plenarsaal, 02. Juli 2008, Beginn 13 Uhr**

Frühschoppen „Rathausreport live“

Begegnungshaus Groß Glienicke, Dorfstraße 2, OT Groß Glienicke
06. Juli 2008, Beginn 10 Uhr

Ausgabe „Rathausreport“ Nummer 6/2008

Stadthaus, Raum 3.107
11. bis 16. Juli 2008 (außer Sa. und So.)

Info-Stände der Fraktion DIE LINKE in den Stadtteilen

11. Juli 2008:	14:00 Uhr	REWE-Markt, Zentrum Ost
	14:30 Uhr	Kepler-Platz, Am Stern
	15:00 Uhr	Rathaus Babelsberg
	15:00 Uhr	Waldstadt-Center, Waldstadt II
	16:00 Uhr	Havel-Nuthe-Center, Drewitz
12. Juli 2008:	10:00 Uhr	Marktplatz Kirchsteigfeld
	10:00 Uhr	Stadtplatz, Am Schlaatz
15. Juli 2008	15:00 Uhr	Markt-Center, Breite Straße
	16:00 Uhr	REWE-Markt Haeckelstraße, Potsdam West

Bürgersprechstunde von Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, Fraktionsvorsitzender und MdL

Am 18. Juni 2008 von 17 bis 19 Uhr im Bürgerbüro, Galileistraße 37/39 (Bürgerhaus Stern*Zeichen), Voranmeldungen sind möglich unter: Tel.: 0331/600 50 69; Mail: wkbscharfenberg@aol.com

Da der

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE Potsdam

V.i.S.d.P. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

sehr gefragt ist, geben Sie ihn bitte weiter, wenn Sie ihn gelesen haben

Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per eMail an uns: Fraktion DIE LINKE, Friedrich-Ebert-Straße 79/81, 14469 Potsdam
eMail: DIE LINKE-Stadtfraktion@Rathaus.Potsdam.de
Telefon: 0331-2893051, Fax 0331-2893119